

Gefängnis- und Geldstrafen im Athener Presse-Prozeß

Militärgericht geht über die Anträge des Kronanwalts hinaus / Schließung des Blattes zu erwarten

ATHEN, 2. April (AP/dpa/UPI). Im Prozeß gegen fünf Verantwortliche der Athener Zeitung „Ethnos“ und den früheren Industrieminister Ioannis Zigdis hat das Athener Sondermilitärgericht am frühen Donnerstagmorgen die Urteile gefällt. Mit Gefängnisstrafen zwischen 13 Monaten und fünf Jahren sowie Geldstrafen zwischen 200 000 und 300 000 Drachmen (24 000 bis 36 000 Mark) ging das Gericht, von einer Ausnahme abgesehen, noch über die Anträge des Kronanwalts hinaus.

Die Angeklagten wurden für schuldig befunden, falsche Berichte verbreitet zu haben, die geeignet seien, Unruhe unter der Bevölkerung hervorzurufen. Gegen das Urteil des Sondermilitärgerichts gibt es keine Berufung.

Im einzelnen erhielten Chefredakteur Ioannis Kapsis fünf Jahre, Mitherausgeber Konstantin Kyriazis vier, sein Bruder Achileas und Konstantin Nikolopoulos je drei Jahre und der

geschäftsführende Redakteur Konstantin Oikonomides 13 Monate Gefängnis. Zigdis erhielt viereinhalb Jahre Gefängnis. Er wurde als der Anstifter zu dem Interview bezeichnet, in dem er es als dringend erforderlich bezeichnet hatte, daß angesichts der Spannungen um Zypern das Militärregime durch eine demokratische Regierung der nationalen Einheit ersetzt werde. Außerdem wurde für die Zeitung die Zollbefreiung für das Zeitungspapier fünf Monate lang aufgehoben.

Bevor sich das Gericht zur Beratung zurückzog, hatte einer der Verteidiger erklärt, es werde sich zeigen, ob die Pressefreiheit in Griechenland eine Realität oder nur ein Fallstrick sei.

Das Urteil gegen die Verantwortlichen der kritisch zum gegenwärtigen griechischen Regime eingestellten Zeitung „Ethnos“ ist das erste Urteil eines Sondermilitärgerichts gegen

Zeitungsherausgeber und Journalisten wegen einer Publikation nach Aufhebung der Pressezensur im vergangenen Oktober. Aus Kreisen der Zeitung wurde bekannt, daß mit der Schließung des Blattes zu rechnen sei, da es der finanziellen Belastung durch das Urteil und dem Ausfall der gesamten Führungsspitze nicht gewachsen sei.

Der frühere griechische Außenminister Evangelos Averoff nannte die Urteile in einer der Auslandspresse übermittelten Erklärung „einen Bestandteil der Bemühungen zur Terrorisierung der Presse“. Schon heute genieße die griechische Presse nur noch „theoretisch“ Freiheit. Die Zeitungen könnten es nicht mehr wagen, Artikel von ihm oder anderen oppositionellen Politikern zu veröffentlichen. Das Urteil des Militärgerichts sei auch eine Schande für die griechische Armee, deren Offiziere „immer für die Freiheit gekämpft“ hätten.

IR 3.4.70